

## **Beschluss des Landrats vom 24.02.2022**

Nr. 1392

### **20. Kantonsbeteiligung an Deponien** 2021/215; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) erinnert an einen Zeitungsartikel, der vor einigen Wochen unter dem Titel «Tauwetter bei den Deponien» erschien. Tatsächlich tat sich einiges. Die überraschende Bewilligung zur Weiterführung der Deponie Höhli hat aber einen faden Beigeschmack. Immerhin überprüft die Wettbewerbskommission (WEKO) den Betrieb der Deponie Höhli AG. Es erstaunt nach wie vor, wie man denselben Betreibern – trotz dieses Verfahrens – die Bewilligung für weitere drei Jahre erteilen konnte. Der Druck, Deponieraum in der Region zur Verfügung zu haben, war aber offensichtlich zu gross, als dass die Beurteilung der WEKO abgewartet werden konnte. Der Kern der Sache liegt jedoch tiefer. Es geht darum, wie für Grossprojekte von Kanton und Bund – Stichwort ZUBA oder auch der Rheintunnel – genügend Deponieraum zur Verfügung gestellt werden kann und das zu spekulationsfreien Preisen.

Der Kanton hat hier eine Chance vergeben, zu handeln und sich den Deponieraum zu sichern. Das Glas ist aber durchaus auch halb voll. Mit der Baustoffkreislaufvorlage I und dem deutlichen Bekenntnis der Baselbieter Regierung zu einer Deponiegebühr, die vor Kurzem im Rahmen einer Vernehmlassung auf nationaler Ebene mitgeteilt wurde, lässt hoffen, dass wir im Kanton punkto Baustoffrecycling vorwärtskommen. Dazu braucht es aber nicht nur Deponien sondern vor allem auch Aufbereitungsanlagen oder einfacher gesagt Waschanlagen für Baustoffe.

Die Vorlage Baustoffkreislauf II, welche die Deponiegebühr enthalten wird, muss demnach bald in den Landrat kommen, damit Nägel mit Köpfen gemacht werden und die Wiederverwertung von Baustoffen zum Fliegen gebracht werden können. Der Regierungsrat ist auf dem richtigen Weg und soll mit Vollgas vorwärts machen.

Zurück zur Motion: Dass der Kanton Basel-Landschaft mit dem Kanton Basel-Stadt eine gesamtliche Lösung suchen möchte, ist löblich und sinnvoll. Es braucht aber einen klaren Auftrag des Landrats an den Regierungsrat. Der Kanton muss nun Verantwortung übernehmen. Baudirektor Isaac Reber ist auf einem guten Weg. Jetzt muss man aber die Extrameile gehen. Es geht nicht darum, dass der Kanton alle Deponien übernehmen soll. Auch eine Verstaatlichung ist nicht das Ziel. Hierfür soll lediglich die Möglichkeit bestehen, weshalb eine kann-Formulierung im Vorstoss enthalten ist. Private Betreiber sollen für den privatwirtschaftlichen Teil, also private Bauherren, weiterhin am Markt diskriminierungsfrei aktiv sein. Staatliche Bauherren benötigen jedoch die Sicherheit, dass für ihre Bauprojekte auch genügend Deponieraum zur Verfügung steht. Das ist das Anliegen des Vorstosses. Der Kanton sorgt für Deponieraum mit dem kantonalen Richtplan. Dann muss aber die Entsorgungssicherheit auch gewährleistet sein. In diesem Sinne braucht der Kanton, vertreten durch das Tiefbauamt, zumindest die Möglichkeit, sich Deponieraum direkt zum Selbstkostenpreis zu sichern. Deshalb soll an der Motion festgehalten werden. Es braucht nun einen starken Auftrag, dann wird das Deponieproblem bald gelöst werden können. Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren, nun ist Handeln angesagt. Vielen Dank für die Unterstützung der Motion durch die anderen Fraktionen.

**Thomas Noack** (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze die Motion. Grundsätzlich hat nicht der Kanton ein Problem, sondern die Bauwirtschaft, weil sie ihre Bauabfälle nicht loswird. Dummerweise wurde dies nicht sauber organisiert und dummerweise hat die Marktwirtschaft in diesem

Punkt versagt. Die Bauunternehmer haben sich Rechte gesichert, womit sie sehr viel Geld verdienen. Weil der Wettbewerb nicht funktioniert, wird nun nach dem Staat gerufen. Das ist aus Sicht der rechten Ratsseite wohl schade, es ergibt aber Sinn, das Problem zu lösen, denn es stehen grosse Bauvorhaben an und es wird zu Bauabfällen kommen, die deponiert werden müssen. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion die Motion. Es braucht aber sicherlich noch viel Denkarbeit, weil in Privatrecht eingegriffen wird. Das ist eine grosse Herausforderung für die Regierung.

**Stephan Ackermann** (Grüne) freut sich, ein Votum zu halten, mit dem er Regierungsrat Isaac Reber unterstützen kann – das ist vonseiten Grüne/EVP-Fraktion nicht immer der Fall. Die Grüne/EVP-Fraktion ist der Meinung, dass eine Motion nicht nötig sei. Die Regierung weiss bereits, wo sie anpacken muss und worum es geht. Das wurde in der Stellungnahme zur Motion bereits dargelegt und drei der vier Forderungen befinden sich auf dem Weg zur Erfüllung. Die Motion wird nun am verbleibenden einen Punkt aufgehängt. Das ist das gute Recht des Motionärs, ihm wird dennoch eine Umwandlung in ein Postulat empfohlen, dann hätte er auch die Unterstützung der Grüne/EVP-Fraktion.

**Urs Schneider** (SVP) macht es kurz: Die SVP-Fraktion ist geteilter Meinung. Einzelne würden die Motion unterstützen, anderen geht eine Motion zu weit und wieder andere möchten weder Motion noch Postulat.

**Rolf Blatter** (FDP) nimmt vorweg, dass auch die FDP-Fraktion ein Postulat unterstützen würde. Es ist bekannt, dass es mit den Deponien ein ungelöstes Problem gibt. Bis zur Wiedereröffnung der Deponie Höhli verfügte der Kanton über keinerlei Deponievolumen und die Bauunternehmer sind nach Österreich, nach Neuenburg, über den Passwang ins Mittelland gefahren, was sowohl ökologisch wie auch ökonomisch unsinnig ist. Nolens volens muss man sagen, dass die freie, marktwirtschaftliche Lösung in diesem speziellen Fall nicht funktioniert hat. Das ist leider so, kommt jedoch in diversen anderen Bereichen auch vor. Das Thema Abwasser ist beispielsweise auch in Händen des Kantons. Natürlich ist es aus der liberalen Sicht der FDP nicht die Lieblingslösung, den Staat um Übernahme einer schwierigen Aufgabe zu bitten. Die Erkenntnis, dass es nicht funktioniert hat und dass dem Kanton die Möglichkeit gegeben wird, Einfluss nehmen zu können, ist aus Sicht der FDP-Fraktion absolut vernünftig. Aus diesem Grund unterstützt die FDP-Fraktion ein Postulat und wäre froh um entsprechende Umwandlung des Vorstosses.

**Felix Keller** (Die Mitte) spricht für eine Minderheit der Mitte/glp-Fraktion, die ihrem Fraktionspräsidenten beliebt machen möchte, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Gewisse Leute innerhalb der Fraktion haben Mühe mit einer Motion. Es ist schlichtweg nicht vorstellbar, dass der Kanton alle Deponien übernimmt und Deponiegebühren festlegt. Das kann ein Eigentor sein, weil die Gefahr besteht, ausserkantonales Material zu deponieren. Oder ist die Meinung, dass alles Abbruchmaterial, das im Kanton anfällt, verpflichtend auch im Kanton deponiert werden muss? Das ist in einem liberalen Staat nicht vorstellbar. Simon Oberbeck wird um Nachsicht für die Abweichler innerhalb der Fraktion gebeten.

Vorstellbar ist, dass der Kanton eine eigene Deponie hat. Der Kanton hat viele Bautätigkeiten, gerade auch im Strassen- und im Hochbau, wo viel Deponievolumen anfällt. Bezüglich Planungssicherheit ist die Deponierung des Materials ein Problem. Es wäre zu überlegen, ob der Kanton nicht eine eigene Deponie betreiben sollte, um für diese Planungssicherheit sorgen zu können. Dann steht in der Ausschreibung «Aushub auf Deponie der Bauherrschaft» anstatt bei jeder Submission «Aushub auf Deponie des Kantons Basel-Landschaft» zu erwähnen. Simon Oberbeck wird die Umwandlung in ein Postulat beliebt gemacht.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) geht davon aus, dass Simon Oberbeck und einige andere Anwesende froh darüber sind, dass mit einer Zwischenbewilligung eine Lösung gefunden werden konnte, um im Kanton in den nächsten Monaten und Jahren nicht in einen Deponienotstand zu geraten.

Was Simon Oberbeck bei diesem Thema reitet, ist dem Regierungsrat nicht bekannt, allerdings kann er ihn beruhigen. Auch in guter Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde konnte dafür gesorgt werden, dass für die Zwischenphase erstens gleich lange Spiesse gelten, zweitens diskriminierungsfreier Zugang gegeben ist und drittens auch eine Mengenbegrenzung besteht. Es ist also durchaus nicht so, dass einfach wie gehabt weitergemacht wird. Es wurde für andere Rahmenbedingungen für die Zwischenphase gesorgt.

Es ist nicht einfach, Deponien zu finden. Niemand möchte eine Deponie vor der Türe. Umso wichtiger ist es, dass der Kanton Deponievolumen dafür sicherstellt, was zu deponieren ist. Insofern ist es wichtig, Glaubwürdigkeit zu schaffen. Glaubwürdig kann man aber nur sein, wenn nur das deponiert wird, was deponiert werden muss. Alles andere gehört gewaschen und wiederverwendet – das ist Recycling. Daran arbeitet der Regierungsrat. Es sollen auch grosse Recyclinganlagen in der Region und somit eine Recyclingindustrie entstehen. Dafür braucht es jedoch auch stimmige Rahmenbedingungen. Wenn zu Dumpingpreisen deponiert werden kann, wird niemand sein Material in eine Recyclinganlage bringen. Deshalb muss man dafür sorgen – und deshalb wird auch eine zweite Vorlage kommen – dass die Möglichkeit besteht, eine Abgabe erheben zu können. Mit der Zwischenbewilligung für die Deponie Höhli hat man nun drei Jahre Zeit. Das ist knapp. Es wäre illusorisch gewesen, nun etwas anderes zu richten. So schnell kann man in diesem Gebiet nicht arbeiten. Es braucht mehr Zeit. Auch die drei Jahre werden knapp sein. Man wird intensiv arbeiten müssen. Für Deponievolumen, das tatsächlich und nach wie vor anfallen wird, muss eine Lösung gefunden werden. Die öffentliche Hand – Einwohnergemeinden, Bürgergemeinden oder Kanton – kann durchaus eine Rolle spielen. Eine Umwandlung in ein Postulat wäre richtig. Das Thema wird sorgfältig, intensiv und zeitnah bearbeitet.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) wünschte sich eine solche Diskussion. Alle Anwesenden sehen Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, dass in diesem Bereich etwas getan werden muss. Nun fiel auch noch das Wort «intensiv». Das ist die Erwartungshaltung. Es soll nun nicht einfach drei Jahre nichts getan werden. Insofern ist Simon Oberbeck zufrieden und kann es seinem Vorgänger auch nachsehen, dass dieser eine andere Haltung hat – das gibt es halt in einer Demokratie und auch in einer demokratischen Partei wie die Mitte. In diesem Sinne wird die Motion in ein Postulat umgewandelt.

://: Mit 83:1 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.

---